

# Sondersitzung der Deputation für Bildung (staatlich)

## und der Deputation für Wissenschaft

### Sitzungsprotokoll

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag <b>20. Februar 2006</b>	Sitzungsbeginn <b>17.00 Uhr</b>	Sitzungsende <b>18.30 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Haus der Bürgerschaft 28195 Bremen</b>
--	------------------------------------	----------------------------------	--

#### Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

#### Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Maßnahmen zur Steigerung der Studienanfängerzahl im pädagogischen Bereich	Vorlage L 132 (Wissenschaft) Vorlage L 186 (Bildung)
TOP 3	Reform der Lehrerausbildung – Stand der Umsetzung	Vorlage L 131 (Wissenschaft) Vorlage L 185 (Bildung)
TOP 4	Lehrerausbildungsgesetz	Vorlage L 135 (Wissenschaft) Vorlage L 188 (Bildung)
TOP 5	Verschiedenes	

#### **TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

#### **TOP 2      Maßnahmen zur Steigerung der Studienanfängerzahl im pädagogischen Bereich**      **Vorlage L 132 Vorlage L 186**

---

Frau Schön bemängelt, dass nicht klar werde, wie die Studienanfängerzahlen gesteigert werden sollen. Die Orientierung liege eher beim Einstellungsbedarf, der Blick sei daher nicht auf die Anfängerzahlen sondern eher auf die Absolventenzahlen gerichtet. Herr Dr. Dörhage erklärt, dass durch Aktivitäten wie z. B. das Marketing für Neubürger und neue Angebote die Anfängerzahlen gesteigert werden sollen. Durch die Modularisierung soll die Studienstruktur verbessert werden und damit die Abbrecherquote verringert werden. Herr Wedler merkt an, dass das Primärziel die Steigerung der Absolventenzahl sei. Er regt an, die Kooperation mit Niedersachsen im Bereich der Universitäten zu intensivieren. Bei der Bedarfsberechnung dürfe nicht nur die Lehrerseite berücksichtigt werden, der Bedarf könne seiner Ansicht nach nur richtig berechnet werden wenn auch die Schülerseite einbezogen werde. Frau Dr. Spieß fragt, wie die Informationsveranstaltungen an den Schulen zur Werbung z. B. für NW-Studiengänge anlaufen. Weiterhin möchte sie wissen, wo diese Werbemaßnahmen stattfinden. Frau Thiel möchte gerne erfahren, ob tatsächlich ein Studiengang weniger als 10 Studenten habe. Frau Stahmann fragt, ob auch aus anderen Bundesländern Einstellungsversprechen für Studierende in Mangelfächern bekannt seien. Frau Schön hinterfragt, ob es Zufall sei, dass derzeit ein teilweiser Studienplatzabbau stattfindet. Frau Hövelmann erklärt, dass die SPD-Fraktion sehr zufrieden mit der weit professionelleren Lehrerausbildung sei. Die höheren Praxisanteile und die Einführung einer Bachelor-/Masterstruktur markierten hier einen wichtigen Punkt. Von großer Bedeutung sei auch das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität. Sie fragt, wann mit der Ermittlung und der transparenten Darstellung der Bedarfszahlen gerechnet werden könne. Herr Dr. Dörhage erläutert, dass kein Abbau von Studienplätzen geplant sei. Die Werbung für Studiengänge werde in anderen Bundesländern vermutlich ähnlich laufen. Im Beruflichen Be-

reich gebe es in der Tat zum Teil nur wenige Studierende, durch gezielte Werbung habe es schon eine erhebliche Steigerung um 2-3 Studierende auf 10 Studierende gegeben. Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Universitäten wie z. B. Oldenburg seien angelaufen, sie seien aber teilweise schwierig, da die Hochschulen untereinander konkurrierten. Frau von Ilsemann erläutert, dass sich der Bedarf neben den Schülerzahlen und den Pensionierungen auch z.B. aus Standardsetzungen in der Studentafel ergebe. In den nächsten 2-3 Monaten könnten erste Berichte für das Land Bremen vorgelegt werden. Herr Dr. Dörhage gibt zu bedenken, dass eine schnelle Reaktion auf Bedarfsänderung durch die vielen Lebenszeitprofessuren stark eingeschränkt sei, er dankt der Universität ausdrücklich für die schnelle und gelungene Umstellung. Dieser organisatorischen Leistung sei es zu verdanken, dass alle Bachelor-Studiengänge fristgerecht akkreditiert werden konnten. Frau von Ilsemann fügt hinzu, dass ein Konzept mit den Marketingmaßnahmen der Deputation für Bildung in 2-3 Monaten vorgestellt werden könne. Herr Wedler bedauert, dass die Bedarfszahlen noch nicht vorliegen. Herr Lemke erwidert, dass früher nicht nach Bedarf sondern anhand der vorhandenen Ausbildungskapazität ausgebildet wurde. Diese Situation habe sich deutlich verbessert, jedoch sei eine „a-jour“ Ausbildung von Lehrkräften leider nicht realisierbar.

## Beschluss

Die Deputation für Bildung und die Deputation für Wissenschaft nehmen den anliegenden Bericht zum Stand der Umsetzung der Reform der Lehrerausbildung zur Kenntnis.

**TOP 3                      Reform der Lehrerausbildung – Stand der Umsetzung**

**Vorlage L 131  
Vorlage L 185**

Frau Stahmann bemängelt, dass die Änderungen der Referendarsausbildung in einigen Schulen zu Problemen geführt haben. Es sei ein strategischer Fehler gewesen, erst so spät auf die Schulen zugegangen zu sein. In Zukunft sollten bei Reformen die Schulen früher eingebunden werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Antwort auf die Kleine Anfrage zur Behindertenpädagogik im Widerspruch zu der Vorlage stehe, da in der Vorlage schon Festlegungen vorgenommen wurden. Weiterhin bittet sie um Erläuterung, zu welchen Problemen es kommen könne, wenn die rückwirkende Inkraftsetzung des Gesetzes nicht vorgenommen würde. Herr Rohmeyer erklärt, das PISA und der Bologna-Prozess genutzt werden, um die Lehrerausbildung, auch in Abstimmung mit den anderen Bundesländern, umzustellen. Inhaltlich werde das Vorgehen von den Schulen begrüßt, nur der höhere Arbeitsaufwand werde als Nachteil erachtet. Frau Thiel bittet um eine Konkretisierung des Punktes 5 „Zentrum für Lehr-/Lernforschung“. Frau Schön möchte gerne wissen, wie der Übergang vom Bachelor zum Master organisiert werde und ob alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen das Masterstudium aufnehmen könnten, oder ob es Auswahlkriterien gebe. Wie können Studentinnen und Studenten die 300 Creditpoints erreichen, die sie für den höheren Dienst benötigten. Des Weiteren fragt sie, wie die Wartezeit für das Referendariat aussehe. Sie bittet um Erläuterung, ob die Nachfolge von Herrn Prof. Dr. von Aufschnaiter für das Zentrum für Lehrerbildung bereits geregelt sei und ob Auslandssemester intendiert seien. Frau von Ilsemann erläutert, dass eine intensivere Kommunikation mit den Schulen immer wünschenswert sei. Dieses Thema sei seit mindestens 1 ½ Jahren mit den Schulleiterinnen und Schulleitern und auch in der Deputation beraten worden. An den Schulen seien schon seit längerem Mentorinnen und Mentoren vorhanden, diese sollen aber nun mehr Verantwortung übernehmen. Außerdem erhalten die Schulen zusätzliche Ressourcen für die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare. Herr Kaschner weist darauf hin, dass die Neuregelung rechtswidrig werde, wenn das Gesetz nicht rückwirkend in Kraft trete. Herr Dr. Dörhage erläutert, dass eine Berufung für das Zentrum für Lehrerbildung zunächst gescheitert sei, man sei jedoch weiterhin auf der Suche nach einer kompetenten Nachfolge. Die Anfrage zur Sonderpädagogik habe sich auf die Stellenbesetzungen bezogen, in dieser Vorlage werde hingegen die Neustrukturierung dargestellt. Gegebenenfalls könnte für die Behindertenpädagogik eine Kooperation auf fachlicher Ebene mit Oldenburg in Betracht kommen. Es werde Auswahlregelungen beim Übergang vom Bachelor zum Master geben. Die Handhabung der Master-Credit-Points werde auf KMK-Ebene geklärt. Frau Möhle (PR Schulen Bhw) erläutert, dass zur Zeit noch keine Mentorenausbildung stattfinde. Seit dem 01.02.2006 sind die Referendare aber an den Schulen eingesetzt, zur Zeit würden diese aber nur betreut und nicht ausgebildet. Die zusätzlichen Referendarsstunden

seien zumindest in den Bremerhavener Schulen nicht 1 zu 1 angekommen, da die Referendare am Anfang und am Ende der Ausbildung nicht unterrichtet werden. Frau Dr. Spieß bittet um einen Erfahrungsbericht durch Herrn Prof. Dr. von Aufschnaider. Herr Wedler bemängelt eine unzureichende Abstimmung mit Niedersachsen. Er sehe die Gefahr, dass die Bremer Absolventen in anderen Bundesländern nicht anerkannt würden, da andere Bundesländer zum Teil ein anderes Vorgehen entwickeln. Frau von Ilse weist darauf hin, dass man sich bei der Referendarausbildung nicht nur um die Ressourcen streiten solle. Eine inhaltliche Entwicklung, die zu mehr Verantwortung in den einzelnen Schulen führen soll, wurde in Bremen nachgeholt. In vielen anderen Bundesländern würde für die Arbeit der Mentoren keine Anrechnungsstunde gewährt. Die Stunden, die den Schulen zur Verfügung gestellt werden, müssen durch die Schule gerecht aufgeteilt werden. Die Ausbildungsbausteine seien bereits entwickelt und würden bald umgesetzt. Frau Stahmann bittet um einen Vergleich der Hospitationsdichte in den Bundesländern. Frau von Ilse teilt mit, dass das KMK-Papier hierzu zur Verfügung gestellt werde. Herr Prof. Dr. von Aufschnaider erklärt, dass das Zentrum für Lehrerbildung erst 2004 errichtet wurde. Die Fachbereiche hätten alles sehr gut umgesetzt und fristgerecht eine Struktur vorgelegt. Die Akkreditierung sei fast abgeschlossen, und zwar so, dass keine größeren Mängel aufgetreten seien. Das 1. Semester sei abgeschlossen und man sei mit dem organisatorischen Ablauf sehr zufrieden. Das Orientierungspraktikum habe begonnen und fast alle Studenten nähmen daran teil. Eine begleitende Evaluation des Praktikums werde durchgeführt. Die künftige Arbeit solle sich auf die Erarbeitung der Masterstudienprogramme und die Organisation der Übergänge vom Bachelor zum Master konzentrieren. Angestrebt werde, allen qualifizierten Studenten den Übergang in das Master-Studium zu ermöglichen. Herr Dorman-Käse weist darauf hin, dass bereits seit 10 Jahren Kooperationsverträge zwischen Bremen und Oldenburg bestünden, so gäbe es z. B. bei Lehramtsfächern Absprachen, um sicherzustellen, dass nicht beide Universitäten den gleichen Studiengang anbieten. Er berichtet, dass die Möglichkeiten der Fächerkombinationen neu geordnet worden seien, es habe eine starke Betonung der Pflichtfächer stattgefunden, auch dies sei eine neue Hürde die die Zahl der Studienanfänger dezimiert habe. Frau Langel-Carossa (Frauenbeauftragte LIS) weist daraufhin, dass die Mentorenausbildung ab dem 28.02.2006 im LIS stattfinden werde.

## Beschluss

Die Deputationen für Bildung und Wissenschaft nehmen den Bericht zur Kenntnis.

## TOP 4 Lehrerausbildungsgesetz

Vorlage L 135  
Vorlage L 188

Herr Kaschner weist auf kleine redaktionelle Änderungen hin. Im § 10 Abs. 2 müsse der zweite Halbsatz „sowie die Regelung der Zeugnisausstellung über die Erste Staatsprüfung“ gestrichen werden und im § 7 Abs. 1 muss der Satz „es gelten ergänzend die Prüfungsgrundsätze, die in den §§ 62 und 63 des Bremischen Hochschulgesetzes festgelegt sind“ gelöscht werden. Senator Lemke fügt ergänzend hinzu, dass in § 6 Abs. 4 das Wort „höchstens“ gestrichen werden müsse. § 1 solle entsprechen der Tischvorlage geändert werden. Frau Stahmann bittet um einen Bericht zum Spitzengespräch mit dem DGB. Der Personalrat möge erläutern, warum eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes erst so spät eintreten solle. Sie befürchte, dass nicht alle Bachelorabsolventen zum Master-Studium zugelassen würden. Frau Stahmann erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen diese und weitere Bedenken habe und die Vorlage aus diesem Grund ablehne. Frau von Ilse erläutert, dass beim Spitzengespräch mit dem DGB einige kleinere Punkte geklärt bzw. in der Vorlage verändert wurden, hinsichtlich der Ressourcenaspekte konnte allerdings keine Einigung erzielt werden. Herr Kuckero (Personalrat Schulen) begrüßt die Verzahnung von Theorie und Praxis. Erst wenn diese voll in das Studium übernommen worden sei, könne die Verkürzung sinnvoll umgesetzt werden. Er kritisiert die Informationspolitik, z. B. bei der Terminierung der Fortbildungen. Er möchte gerne wissen, wie die Abwertung der Grundschul-, Sekundarschul- und Gesamtschulbildung zur Stärkung der Grundlagenbildung in der Schule führen solle. Dies stünde in einem klaren Widerspruch zu den durch PISA gewonnenen Erkenntnissen. Des Weiteren bittet er um eine Erläuterung, warum die Regelungen rückwirkend eingeführt werden. Die unzureichende Ressourcenausstattung bewerte er als genauso negativ, wie die Tatsache, das

Entscheidungen bereits im vorhinein umgesetzt wurden. Frau von Ilse entschuldigt sich für die unzureichende Information des Personalrats im Hinblick auf die Fortbildungstermine. Sie betont, dass grundsätzlich eine intensive Beratung mit dem Personalrat und der Frauenbeauftragten in den Arbeitsgruppen stattfinden. Die Ausbildungskoordinatoren hätten eine zusätzliche Stunde erhalten. Die Dauer des Praktikums sei schon seit längerem Praxis. Die Mentoren bekämen mit der Reform Anrechnungsstunden. Durch das Halbjahrespraktikum kann eine Verkürzung des Referendariats, wie es in anderen Bundesländern auch der Fall ist, ermöglicht werden. Frau Stahmann möchte wissen, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten die Referendare haben. Frau von Ilse erläutert, dass der Ausbildungsausschuss durch den Beirat für Lehrerbildung ersetzt worden sei. Im Beirat seien Referendarinnen und Referendare vertreten. Herr Kaschner macht darauf aufmerksam, dass die Regelungen zum Beirat dem § 3 Abs. 5 entnommen werden können. Herr Wedler weist darauf hin, dass das Gesetz nur für den öffentlichen Bereich gelte und fragt, wie dies im Privatschulbereich geregelt werde. Herr Kaschner erklärt, dass dies grundsätzlich so wie bisher auch geregelt sei. Er weist darauf hin, dass die Ausbildung auch an anerkannten Privatschulen erfolgen könne und die Privatschulen in der Regel Lehrkräfte mit einer Referendarausbildung einstellen.

**Beschluss (bei 2 Gegenstimmen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und einer Enthaltung der FDP)**

Die Deputation für Bildung und die Deputation für Wissenschaft stimmen dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gesetze zur Bremischen Lehrerbildung in der Fassung der Anlage 1 einschließlich der vorgeschlagenen Änderungen und seiner Weiterleitung an den Senat zu.

**TOP 5    Verschiedenes**

---

Keine Punkte unter Verschiedenes.

*Frau Stahmann*

---

Senator

Sprecherin (Bildung)

Protokollantin

Gez. Busch

---

Senator

Sprecherin (Wissenschaft)

Protokollantin